

kommission ein. 2019 gab die Kommission dieser Petition statt und verwies den Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Ohne die kontinuierliche Arbeit dieser und anderer feministischer und Menschenrechtsorganisationen wäre dies sicherlich nicht erreicht worden. Allein schon, dass der Fall nun vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof in Costa Rica verhandelt wurde, kann als Erfolg gewertet werden.

Was genau wurde in der öffentlichen Anhörung Mitte März verhandelt?

Es geht um die Verantwortung des salvadorianischen Staates für die Verletzung der Rechte von *Manuela*. Dazu gehört, dass der salvadorianische Staat, als sie in Haft war, sich nicht um ihre angemessene gesundheitliche Behandlung gekümmert hat. Vor allem aber auch, dass sie kein faires Verfahren bekommen hat. Das fängt schon damit an, dass Ihr Vater, der Analphabet war, gezwungen wurde, ein Dokument, dessen Inhalt er nicht kannte, mit seinem Fingerabdruck zu unterzeichnen. Darin beschuldigte er seine Tochter des Mordes an ihrem Kind. Dafür macht er sich bis heute Vorwürfe. Zu den Zielen des Verfahrens gehört deshalb auch eine Entschädigung der Angehörigen von *Manuela*. Ihre Eltern und ihre beiden Kinder haben durch das Vorgehen des Staates gegen *Manuela* viel Leid erfahren. Außerdem soll ein Krankenhaus in der Gegend, wo *Manuela* gelebt hat, nach ihrem Namen benannt werden. Diese Ziele sind ganz im Sinne einer restaurativen Gerechtigkeit und sollen *Manuela* eine Anerkennung zurückgeben, die ihr der Staat verwehrt bzw. zerstört hat. Es geht aber auch darum, die Gesetze zu ändern, die so eine Ungerechtigkeit erst ermöglicht haben. Dazu

gehört auch die Anerkennung der ärztlichen Schweigepflicht, die durch die aktuelle Gesetzgebung verletzt ist. Denn derzeit sind Ärzte dazu verpflichtet, es der Polizei zu melden, wenn eine Frau eine Abtreibung versucht oder durchgeführt haben könnte.

Wann ist denn voraussichtlich mit einer Entscheidung des Gerichtshofs zu rechnen?

Mit einem Urteil wird bis Ende 2021 gerechnet. Eine Verurteilung El Salvadors hätte vor allem für zukünftige Fälle eine große Bedeutung, da der Staat verpflichtet würde, ähnlich gelagerte Rechtsverletzungen in Zukunft zu vermeiden. *Manuela* ist tot, ihr kann nicht mehr geholfen werden, aber für viele andere Frauen kann dieses Urteil große Bedeutung haben. Dies gilt auch für die 18 Frauen, die nach einer Fehlgeburt derzeit noch in Haft sind.

Und zum Schluss: Welche internationale politische Bedeutung, meinen Sie, kommt dem Fall *Manuela* zu?

Trotz einiger Erfolge, wie zuletzt in Argentinien, werden die reproduktiven Rechte von Frauen in vielen Ländern Lateinamerikas missachtet. Es gibt noch mehrere weitere Länder wie zum Beispiel Nicaragua, Honduras und die Dominikanische Republik, in denen ein Schwangerschaftsabbruch komplett verboten ist. Wegen der großen Bedeutung des Falls hat die sogenannte Lebensschutzbewegung lateinamerikaweit mobilisiert und *Manuela* als Mörderin dargestellt. Viele Frauen- und Bürgerrechtsorganisationen in ganz Lateinamerika hoffen darauf, dass der Menschenrechtsgerichtshof El Salvador verurteilt. Dies würde der Diskussion auch in anderen Ländern Auftrieb geben.

DOI: 10.5771/1866-377X-2021-2-82

Juristinnen in der Wohlfahrt

Prof. Dr. Marion Röwekamp
djB-Mitglied, Berlin/Mexiko

Frauen konnten je nach Staat zwischen 1900 und 1908 an den juristischen Fakultäten studieren. Die juristischen Staatsexamina, das Referendariat und damit auch die klassischen juristischen Berufe waren ihnen allerdings bis 1922 versperrt. Bis zu diesem Zeitpunkt schlossen die Juristinnen ihr Studium mit einem Doktor ab und waren danach großteils auf Berufe verwiesen, die in den neu im Entstehen begriffenen Bereichen der Wohlfahrt lagen. Sie konnten hier in der Kommunalverwaltung und dort vor allem in der Sozialverwaltung tätig werden. Konkret bedeutete das Arbeit bei Jugendämtern (Berufsvormundschaften), der Polizei, der Fürsorgeerziehung, Wohnungs-, Familien- oder Gesundheitsfürsorge, Armenpflege, Rechtsauskunftsstellen der öffentlichen Hand oder Arbeitsämtern. Gleiches galt in den Kirchen oder den vielen neu entstehenden sozialen Vereinigungen wie dem Deutschen Verein für Öffentliche und Private Fürsorge oder denen der Parteien wie der Arbeiterwohlfahrt, die den Staat beim Aufbau sozialer Netze

unterstützten. Daneben gab es die neuen Sozialen Frauenschulen sowie die Rechtsberatungsstellen der Frauenbewegung, in denen die Juristinnen tätig wurden. Allerdings mussten auch in diesem Feld, wie die Juristin *Erna von Langsdorff* es 1912 beschrieb, jede Stelle zuerst neu geschaffen und als solche ausgebaut werden.¹ Dieser Versuch, „die fehlende offizielle juristische Ausbildung zu ersetzen, eine Betätigungsmöglichkeit zu erreichen und sie sich zu erhalten,“ erforderte allerdings einen „unverhältnismäßigen Aufwand an Mut und Kraft,“ wie die spätere Anwältin *Margarete Berent* beklagte. Man werde verbrannt, bevor man zur eigentlichen Berufsausübung komme.²

Durch ihr erzwungenes Ausweichen in die sozialen Berufe hatten die Juristinnen allerdings entscheidenden Einfluss darauf, wie soziale Arbeit und soziale Bildung ausgeformt und konzeptionell unterrichtet wurde.³ Sie gehörten zu den Reformkräften des deutschen Fürsorgerechts, insbesondere im Jugendfürsorgerecht. Hier

1 Von Langsdorff, Erna, Die Berufsaussichten der Juristin in Deutschland, in: *Die Frau* 20 (1912/13), S. 603-609.

sind an Namen wie *Frieda Duensing* zu denken, die sich für in ihrer Dissertation 1903 bereits gegen das System der Einzelvormundschaft und stattdessen für eine Berufsvormundschaft einsetzte. Ab 1901 leitete sie die Zentralstelle für Jugendfürsorge in Berlin und später den „Deutschen Zentralverein für Jugendfürsorge“. Sie schaffte es, in einem Zusammenschluss von karitativen und Berufsvereinen aller Arten eine gemeine Jugendgerichtshilfe zu schaffen. Sie wurde damit zur Gründerin der modernen Jugendfürsorge.⁴ *Duensing* wurde in ihrer Stelle später durch Dr. iur. *Alix Westerkamp* abgelöst, die in dieser Funktion auch die Berliner Jugendgerichtshilfe leitete. Später gründete und leitete sie die Jugendpflegeschule der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost und andere Wohlfahrtseinrichtungen.⁵ Ähnliches gilt für die Juristin *Maria Laarmann*, die das Wohlfahrts- und Jugendwohlfahrtsdezernat im Regierungsbezirk Münster leitete.⁶ Oder *Ina Hundinger*, die erst für das Stadtjugendamt Mannheim und dann für den Central-Ausschuss der Inneren Mission arbeitete (so auch *Ellen Scheuner* und *Barbara Wenzel*). AFET (*Annaliese Ohland*), AWO und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband boten auch Arbeitsmöglichkeiten. Aber die Fäden der Wohlfahrt liefen im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt am Main zusammen. Hier arbeitete zum Beispiel *Hilde Eiserhardt* und *Ellen Simon*.⁷ In der staatlichen oder kommunalen Fürsorge arbeiteten Juristinnen wie *Florentine Rickmers*, *Martha Mosse*, *Anna Mayer* oder *Edith Abraham*.⁸

Auffällig ist, dass die Juristinnen häufig Referate oder Abteilungen leiteten. Gerade Juristinnen und Nationalökonomen gehörten hier zu den wenigen Berufen, in denen Frauen auch, wenn auch zaghaft begannen, in Führungsfunktionen zu arbeiten. Normal war in der Fürsorge, dass Männer im Innendienst arbeiteten, während die Frauen den Außendienst übernahmen, also den Kontakt mit den hilfsbedürftigen Menschen.

In welchem Feld auch immer, die Teilnahme der Juristinnen an der sozialen Arbeit hatte nicht nur neue Berufsbilder für die Juristinnen eröffnet, sondern neue Berufsbilder an der Nahtstelle von Juristerei zur sozialen Arbeit geformt.

Doch auch nach 1922, als Juristinnen in den klassischen juristischen Berufen tätig werden konnten, wählte eine große Anzahl von Juristinnen immer noch die Berufe der sozialen Arbeit, was insofern nicht verwundert, als viele von ihnen Jura aus einem sozialen Impetus heraus studierten. Eine Reihe von Juristinnen hatte als Studienmotivation ausdrücklich angegeben, dass sie das Fach gewählt hatten, um die sozialen Bedingungen von Frauen, Kindern und Armen zu verbessern. Und viele von ihnen hatten vor dem juristischen Studium schon in sozialen Berufen gearbeitet. Mit der zunehmenden Professionalisierung der Ausbildung zur Sozialen Arbeit nahm allerdings auch der Anteil der Juristinnen in dem Beruf ab, die sich sonst genötigt sahen, neben dem Jurastudium noch eine Ausbildung zur Wohlfahrtspflegerin zu absolvieren. Einige Nummern wie *Ellen Scheuner*, *Elisabeth Schilder*, *Erna Runkel*, *Hertha Ilk* oder *Gisela Naunin* brachen auch das juristische Referendariat ab, um sich direkt für die soziale Arbeit ausbilden zu lassen.

Allerdings haben Juristinnen gerade in der Arbeit in der Fürsorge nicht nur ihre Klienten „betreut“, sondern meist auch den Anspruch erhoben, sie zu korrigieren.⁹ Hier verband sich oft sozialreformerisches Engagement mit eugenischer Überzeugung, das konnte sich auf

die Maßnahmen des Bewahrungsgesetzes beziehen oder die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung bei eugenischer Indikation.¹⁰ Wann das emanzipatorische, fürsorgliche und erzieherische Potential der Sozialgesetzgebung, das deutlich existierte, in Erziehung und Zwang der „Kunden“ im Namen des Nationalstaats oder des „Volkskörpers“ umschlug, war eine schwierige Trennlinie. Auf gefährlich imaginative Weise haben einzelne Juristinnen wie *Hilde Eiserhardt*, *Käthe Petersen*, *Annaliese Ohland* oder *Anna Mayer* zum Beispiel die Verbindungen zwischen individuellen und nationalen Körpern zwischen der Weimarer Republik und dem Dritten Reich hergestellt.¹¹ Schon ihre Arbeit in der Weimarer Zeit lassen die dunklen Schatten der rassistischen Debatten im Nationalsozialismus erahnen, an denen die Juristinnen gerade auch in der Wohlfahrt unter Gesichtspunkten wie der Sterilisation, der „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (Gesetz vom 14. Juli 1933), der Gesundheitspolitik und der „Bewahrung“ der Schützlinge teilhatten.

2 Berent, Margarete, Die Zulassung von Frauen zu den juristischen Berufen, in: Die Frau 27 (1919/20), S. 332-334; zu Berent siehe: Röwekamp, Marion, Juristinnen. Lexikon zu Leben und Werk, hg. vom djb, Baden-Baden 2005, S. 36-40; zu Erna von Langsdorff sind kaum Informationen zu finden.

3 Zu folgenden Informationen siehe Röwekamp, Marion, Die ersten deutschen Juristinnen. Eine Geschichte ihrer Professionalisierung und Emanzipation (1900-1945), Köln 2011, S. 368-403; Zeller, Susanne, Geschichte der Sozialarbeit als Beruf. Bilder und Dokumente (1893-1939), Pfaffenweiler 1994.

4 Major, Herbert, „... Ein Genie der Nächstenliebe.“ Dr. jur. Frieda Duensing, Bahnbrecherin und Begründerin der Jugendfürsorge in Deutschland, Diepholz 1985; Zeller, Susanne, Frieda Duensing und die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge Berlin, in: Brehmer, Ilse (Hrsg.), Mütterlichkeit als Profession? Lebensläufe deutscher Pädagoginnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Pfaffenweiler 1990; Röwekamp, Marion, Juristinnenlexikon, S. 82-85.

5 Reinicke, Peter, Westerkamp, Alix, in: Who is who der Sozialen Arbeit, hg. von Hugo Maier, Freiburg i.Br. 1998, S. 625; Röwekamp, Juristinnenlexikon, S. 430-432.

6 Schütz, Angelika, Laarmann, Maria, in: Hugo Maier, (Hg.): Who is who der Sozialen Arbeit, Freiburg i.Br. 1998, S. 338; Röwekamp, Marion, Juristinnenlexikon, S. 218-19.

7 Zu Hundinger: Hundinger, Ina, Eine evangelische Frau im 20. Jahrhundert, Speyer 1994, Röwekamp, Juristinnenlexikon, S. 151-154; zu Scheuner: Röwekamp, Marion, Juristinnenlexikon, S. 351-354; Evangelisches Perthes-Werk (Hrsg.): Ein Leben für andere. In memoriam Dr. Ellen Scheuner Landesrat a.D., Münster 1986; Wenzel: Reinicke, Peter, Wenzel, Barbara, in: Maier, (Hg.), Who is Who in der Sozialen Arbeit, S. 620; Ohland: Hansen, Eckhard, Ohland, Annaliese, in: Maier (Hg.), Who is who der Sozialen Arbeit, S. 446f.; Eiserhardt: Willing, Matthias, Hilde Eiserhardt (1855-1955): Leben und Werk einer deutschen Fürsorgejuristin, in: NDV 83 (2003), S. 356-363, 393-400; Ellen Simon: Röwekamp, Marion, Juristinnenlexikon, S. 404-07.

8 Zu Rickmers: Röwekamp, Marion, Juristinnenlexikon, S. 324-327; Mosse: Ebd., S. 267-270; Mayer: Ebd., S. 247-250; Abraham: Ebd., S. 11-12.

9 Hammerschmidt, Petra, Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege im Nationalsozialismus, Wiesbaden, 1999.

10 Willing, Matthias, Das Bewahrungsgesetz (1918-1967), Eine rechtshistorische Studie zur Geschichte der deutschen Fürsorge, Tübingen 2003.

11 Willing, Matthias, Hilde Eiserhardt (1855-1955): Leben und Werk einer deutschen Fürsorgejuristin, in: NDV 83 (2003), S. 356-363, 393-400; Rothmaler, Christiane, Die Sozialpolitikerin Käthe Petersen zwischen Auslese und Ausmerze, in: Angela Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987, S. 75-90; Hansen, Eckhard, Annaliese Ohland, in: Hugo Maier (Hg.), Who is Who in der Sozialen Arbeit, Freiburg 1998, S. 446, ders. Wohlfahrtspolitik im Nationalsozialismus. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im Dritten Reich, Augsburg 1991, S. 96, 272f.